



**Gemeinsame Medienmitteilung von Dachverband für Natur- und Umweltschutz,
Heimatpflegeverband Südtirol, Klimaclub und Fridays for Future**

Landesregierung, wo bleibt unser Klimaplan?

Der zweite Teil des Klimaplanes mit den konkreten Maßnahmen hätte innerhalb dieses Monats beschlossen werden sollen, so die Ankündigung der Landesregierung. Morgen findet die letzte Sitzung der Landesregierung im Juni statt. Der Klimaplan fehlt auf der Tagesordnung. Die Klima- und Umweltschutzvereine zeigen sich in einer gemeinsamen Aussendung über die Verzögerung besorgt. Denn umso mehr Zeit vergeht, umso teurer und konfliktreicher wird der Klimaschutz.

Die Ziele im Klimaplan Südtirol 2040 Teil 1 sind angesichts des rasch fortschreitenden Klimawandels notwendig. Der jüngste Bericht des IPCC (Weltklimarat) verdeutlicht, dass konsequentes Handeln unerlässlich ist. Umso wichtiger ist es nun, dass an diesen Zielen festgehalten und ein konsequenter Aktionsplan umgesetzt wird. Die Umwelt- und Klimaschutzverbände Südtirols appellieren ein weiteres Mal an die Landesregierung, endlich den angekündigten, umfangreichen Maßnahmenkatalog zu beschließen, um die Ziele des Klimaplanes Teil 1 Schritt für Schritt auch umzusetzen. Eine weitere Verwässerung durch Forderungen von Lobbys und Einzelinteressen muss verhindert werden.

Der Klimaplan Südtirol 2040 Teil 1 setzt unabdingbare Ziele für den Klimaschutz und die nachhaltige Entwicklung der Region. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass dieser Maßnahmenkatalog schnellstmöglich beschlossen und umgesetzt wird, um den Herausforderungen des Klimawandels wirksam zu begegnen. Denn umso mehr Zeit vergeht, umso teurer und konfliktreicher wird der Klimaschutz.

Die Umwelt- und Klimaschutzverbände appellieren daher an die Landesregierung, ihre Ankündigung wahr zu machen und den Klimaplan endlich zu genehmigen. Sie fordern eine klare und konsequente Ausrichtung auf die im Klimaplan definierten Ziele, um eine nachhaltige und klimafreundliche Zukunft für Südtirol zu gewährleisten. Die Umwelt- und Klimaschutzvereine wiederholen ihre Bereitschaft, gemeinsam mit der Landesregierung und anderen relevanten Interessengruppen bei diesem Prozess mitzuwirken.